

Forderungsmanagement in schleswig-holsteinischen Kommunen

● **Einführung**

- **Landesrechnungshof**
- **Prüfungsanlass**
- **Prüfungsverfahren**
- **Prüfungsziele**

- **Prüfungsfeststellungen I**

- **Forderungsmanagement**

- **Forderungserfassung**

- **Mangelndes Problembewusstsein**
- **Ungeklärte Zahlungseingänge**
- **Schnittstellen**
- **Dubletten**
- **Forderungsinventur**

- **Prüfungsfeststellungen II**

- **Vollstreckungswesen**

- **Erfolgsquoten in der Vollstreckung**
- **Personal**
- **Wirtschaftlichkeitsbetrachtung**
- **Niederschlagung, Erlass**
- **Empfehlungen/Verbesserungsvorschläge**

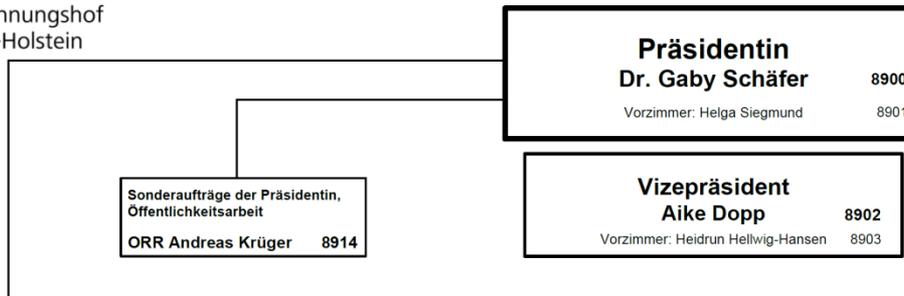
- **Fazit**

- **Landesrechnungshof Schleswig-Holstein**

- **Richterliche Unabhängigkeit**
- **Überwachung der gesamten Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes und der kommunalen Körperschaften**
- **Überörtliche Prüfung der Kreise und der Städte**



Stand: 01.06.2014



Organisationsplan
**Landesrechnungshof
Schleswig-Holstein**

Hopfenstraße 30, 24103 Kiel
Postfach 31 80, 24030 Kiel
Telefon: 0431/988-0 (Zentrale) oder 988-(Durchwahl)
Telefax (Poststelle): 0431/988-8686
Telefax (Poststelle): 0431/988-8907
Telefax (persönlich): 0431/988-6-19-(Durchwahl)
E-Mail: poststelle@lrh.landsh.de
Internet: <http://www.lrh.schleswig-holstein.de>

Präsidentialkanzlei Leiterin: Ltd. MR'in Ulrike Klindt 8905 Pressesprecherin Vertretung : ORR Andreas Krüger 8914 Vorzimmer: Gerlinde Lohse 8906	Prüfungsabteilung 1 Leiter: Vizepräsident Aike Dopp 8902 Vertretung: MDgt Dr. Ulrich Eggeling 8950 Interne Vertretung: MR'in Barbara Rocca 8931 Vorzimmer: Heidrun Hellwig-Hansen 8903	Prüfungsabteilung 2 Leiter: MDgt Dr. Ulrich Eggeling 8950 Vertretung: Vizepräsident Aike Dopp 8902 Interne Vertretung: MR'in Gesine Gehl-Marzinzik 8966 Vorzimmer: Susanne Matthießen 8951	Prüfungsabteilung 3 Leiter: N.N. 8975 Vertretung: MDgt Claus Asmussen 8660 Interne Vertretung: RVWd Thorsten Hartmann (M.d.W.d.G.b.) 8977 Vorzimmer: Maureen Koselitz 8976	Prüfungsabteilung 4 Leiter: MDgt Claus Asmussen 8660 Vertretung: N.N. 8975 Interne Vertretung: MR Lutz Kaiser 8681 Vorzimmer: Kristin Fest 8661
Präsidentialangelegenheiten; Presseangelegenheiten; Personal, Haushalt, Innerer Dienst; Informations- und Kommunikationstechnik	Grundsatz- und Querschnittsangelegenheiten; Personal, Gesamthaushalt, Organisation; Finanzausschuss, Finanzministerium, Steuerverwaltung; Justiz; Rundfunk	Landtag, Ministerpräsident, Staatskanzlei; Arbeit; Soziales; Schulen; Wissenschaft; Kultur; Informationstechnik	Wirtschaft, Beteiligungen; Gesundheit, Krankenhäuser; Technik, Energie; Hoch- und Tiefbau; EU-Kohäsions- und Strukturfonds-, Ostsee- und Nordseeangelegenheiten	Innenministerium, Kommunale Angelegenheiten; Landwirtschaft und Umwelt; Wasserwirtschaft
PK 1 Presse-, Senatsangelegenheiten Ltd. MR'in Ulrike Klindt 8905	10 Personal, Personalhaushalt, Organisation im Landesbereich MR Holger Thiedemann 8925	20 Arbeit, Soziales Gerd Baasch 8952	30 Beteiligungen, Stiftungswesen; Wirtschaft, Bürgschaften; EU-Kohäsions- und Strukturfonds-, Ostsee- und Nordseeangelegenheiten RVWd Thorsten Hartmann 8977	40 Innenministerium RD Albrecht Hoth 8662
PK 10 Personal, Fortbildung OAR Wolfgang Claußen 8910	12 Gesamthaushalt, Neue Steuerungsinstrumente, Finanzausschuss MR'in Barbara Rocca 8931	21 Landtag, Ministerpräsident, Staatskanzlei, Kultur MDgt Dr. Ulrich Eggeling 8950	31 Versorgungs- und Betriebstechnik; Technologie, Energie; Reaktorsicherheit MR Dr. Hendrik Glaser 8983	41 Landwirtschaft und Umwelt; Wasserwirtschaft RLD'in Meike Brandt 8666
PK 11 Justizariat, Dienstrecht, Haushalt, Europaangelegenheiten ORR Andreas Krüger 8914	13 Steuerverwaltung, Rundfunk RD'in Verena Kelm 8938	22 Öffentliche und private Schulen, Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen MR'in Regina Kasten 8960	32 Gesundheit, Krankenhäuser; Universitätsklinikum MR Dr. Hendrik Glaser 8983	42 Kommunen I Überörtliche Prüfung bei den Kommunen MR'in Gabriele Anhalt 8671
PK 12 Organisation, Informations- und Kommunikationstechnik, Innerer Dienst AR Martin Kubatzki 8919	14 Justiz MR Horst Henningsen 8943	23 Wissenschaft MR'in Gesine Gehl-Marzinzik 8966	33 Hochbau; GMSH; Baurecht, Umweltrecht, Vertrags- und Vergaberecht; Koordinierung von Beiträgen zu kommunalen Prüfungen MR Volker Soblik 8992	43 Kommunen II Überörtliche Prüfung bei den Kommunen MR Martin Busch 8676
		24 Informationstechnik im Landes- und Kommunalbereich MR Siegfried Matthießen 8971	34 Tiefbau; Straßenbau; Verkehrsanlagen MR'in Yvonne Rossow 8996	44 Wirtschaftsbetriebe der Kommunen; Kommunale Wirtschaftsförderung MR Lutz Kaiser 8681

Personalrat - Vorsitzender: **Klaus Ziegeler**

Vertrauensmann der Schwerbehinderten: **Volker Soblik**

Gleichstellungsbeauftragte: **Sylta Seidel**

● **Prüfungsanlass**

- **Einführung der Doppik**
- **Einnahmeerzielung**
- **Veröffentlichungen in der Presse und Fachliteratur**

Prüfungsanlass

Schlafende Finanzquelle

Optimiertes Forderungsmanagement notwendig

Behördenspitze
10/2012

z.m. 4 z. Kfz
170 43

Eine Vielzahl von Hürden gilt es allerdings zu überwinden, um die offenen Forderungen aus dem Schlaf zu wecken. Erst einmal müssten die dezentral auf zahlreiche kommunale Ämter verteilten Ansprüche in der Kämmererei zentralisiert werden. Die Stadt Essen ist diesen Weg konsequent gegangen, denn "als Nothaushaltskommune muss zur Abwendung einer drohenden Überschuldung die Stadt ihre Aufwendungen zurückfahren und gleichzeitig ihre Erträge erhöhen", sagt *Beate Behnke-Hahne*, Amtsleiterin Finanzbuchhaltung und Steueramt der Reviermetropole. Hinzu kommt, dass mit der Einführung der Doppik und dem jährlichen Gesamtabschluss Essen als Modellkommune für das Neue Kommunale Finanzmanagement (NKF) sich mit der Werthaltigkeit ihrer Forderungen auseinandersetzen musste und nicht werthaltige Forderungen wertberichtigten bzw. abschreiben musste. Auch deswegen stieg das Interesse an diesen "schlafenden Quellen".

Schuldnerinformationen intelligent nutzen

Eine Übertragung dieser Aufgabe an darauf spezialisierte private Anbieter ist in NRW, anders in Hessen oder auch Berlin, nicht zulässig. Zu unterscheiden

(BS/rup) Die Commerzbank hat fast eine Milliarde Forderungen offen, da nehmen sich die kommunalen, nicht realisierten Forderungen eher bedecken aus, doch in Zeiten knapper Kassen rücken auch in den Rathäusern diese "schlafenden Finanzquellen" ins Blickfeld. Allein für Mannheim kumulieren sich die Forderungen gegenüber Bürgern und Betrieben auf 36 Millionen, das macht ein Viertel der jährlichen Investitionssumme der Stadt aus. Bei der hessischen Landeshauptstadt Wiesbaden betragen die nicht realisierten Forderungen allein für das Jahr 2009 insgesamt 4,992 Mio. Die Optimierung des Forderungsmanagements steht an.

den ist zudem zwischen privatrechtlichen Forderungen, also z. B. aus Vermietung oder Verkauf, und öffentlich-rechtlichen aus Gewerbesteuer, Grundsteuer und Verwaltungsgebühren. Also ging Essen den Weg, die eigenen Geschäftsprozesse zu optimieren und die Schuldnerinformationen intelligent zu nutzen, um die Außenstände zügig und kostenoptimal zu realisieren. Wöchentlich verschiebt die städtische Finanzbuchhaltung 3.500 Mahnungen und generiert 72.000 Pfändungsaufträge jährlich. Es wurde Personal konzentriert, um den Massenprozess zu sichern. Rund 120 Planstellen in zwei Abteilungen beschäftigt die Forderungsbearbeitung und Vollstreckung. Dennoch musste Essen bei einem Forderungsbestand zum 31. Dezember 2010 aufwandswirksame Wertberichtigungen im Jahr 2010 von immerhin 6,7 Mio. vornehmen.

Nicht nur die schiere Masse der

Vorgänge stellt Herausforderungen an die Professionalität. Auch die Informationslage ist schwierig.

Private haben mehr Spielraum

So fielen allein im 4. Quartal 2009 in Wiesbaden 4.414 Einzelforderungen auf 690 Zahlungspflichtige. Forderungen hieraus: 1.225 Mio. Doch bei der Bearbeitung stellt sich dann häufig heraus, dass die Säumnisse längst einen Wohn- oder Betriebsortswchsel vorgenommen haben und den Kommunen im Gegensatz zu privaten Firmen enge Grenzen bei der Ermittlung neuer Aufenthaltsorte gesetzt sind. So waren es in Wiesbaden immerhin 67,9 Prozent, bei denen weitere oder neue Anschriften ermittelt werden konnten. In Hessen dürfen dann Private ran. Sie vergleichen Datenbanken, befragen Schufa und GEZ oder, noch einfacher, werfen einen



Schlummernde Finanzquellen zum Leben erwecken: Vor allem interne Schwierigkeiten in der Kommunalverwaltung müssten zur Optimierung des Forderungsmanagements überwunden werden, erklärte Mannheims Kämmerer Christian Specht.

Foto: BS/Pierrot/pxello

BlickaufFacebook. Frank Textor von EOS: "Die Leute glauben wirklich, dass, wenn sie sich nicht ordnungsgemäß anmelden, sie verschwinden seien. Gleichzeitig stellen sie aber ihre neue Wohnung oder Arbeitgeber ins soziale Netzwerk. Eigentlich dumm sowas." Noch andere Vorteile sieht Textor auf privater Seite, so würden Forderungen erfolgreich bis zu 30 Jahre rückwirkend geltend gemacht. Würde die öffentliche Hand Forderungen an einen Privaten verkaufen, könnte dieser Ratenzahlungen mit dem Schuldner vereinbaren und die Wahrscheinlichkeit einer Forderungsrealisierung erhöhen. Dies sogenannte Factoring sei aber öffentlichen nicht erlaubt

und auch politisch nicht gewollt. Auch gebe es Schwierigkeiten, wenn auf Provisionsbasis gearbeitet werden solle, denn die öffentliche Hand sei angehalten, die Forderungen vollständig zu realisieren. Auf Gebühren gebe es weder Rabatt noch Provision. "Regelrecht vermintes Gebiet"

Christian Specht, Erster Bürgermeister und Kämmerer der Stadt Mannheim, verweist zudem auf die internen Schwierigkeiten der Kommunalverwaltungen. Eigentlich sei es doch selbstverständlich, dass zumindest alle öffentlich-rechtlichen Forderungen bei der Kämmererei zentralisiert werden sollten. Dagegen steht im Einzelfalle jedoch

nicht nur der Behördenegoismus, sondern dies sei teils "regelrecht vermintes Gebiet", so der Bürgermeister.

Wenn aus dem Bereich von Sicherheit und Ordnung gut 15 Prozent der Forderungen anfallen, seien es aus den Bereichen Soziales und Jugend 20 Prozent. Hier werde mitunter versucht, Sozialpolitik zu machen, indem eben die Forderungen, z. B. Kita-Gebühren, nicht an die professionell arbeitende eigene Kämmererei abgegeben würden. Ein weiteres Hindernis setzt hier das Sozialgesetzbuch, das keine Zweckbindungsangabe bei Forderungen vorsieht, also nur Name, Vorname und Adresse. Den Grund für die Forderung müssten die Kämmerermitarbeiter dann beim Schuldner erfragen.

Innerstaatliches Factoring möglich

Zukünftig wird aber das Forderungsmanagement weit mehr Bedeutung erlangen. Zu einem möglichen Rating bei der Kreditwürdigkeit einer Kommune kommt ein professionelles Forderungsmanagement als Kriterium hinzu. Diskutiert wurde auf der Konferenz Public Management auch über Lösungen für die vielen kleinen Kommunen, die den Aufbau eines eigenen Forderungsmanagements nicht bewerkstelligen könnten. So ist ein Vorschlag, Zweckverbände zu gründen, wie es dies bei Rechenzentren auch schon gebe. Möglich wäre auch ein "behördeninterner Verkauf" der offenen Forderungen an Landesanstalten, die für diesen Zweck gegründet werden müssten. Sie sollten die Forderungen dann direkt an die klammen Kommunen begleichen. Ein "innerstaatliches Factoring". So oder so wird sich viel ändern müssen, wenn Städte und Gemeinden sich zudem nicht dem Vorwurf der fleißig Steuer zahlenden Bürger ausgesetzt sehen wollen, sie seien auf einem Auge blind.

MELDUNG

Keine vollständige Kennzeichenliberalisierung

(BS/ein) Der Bundesrat hat Mitte September die Pläne zur gänzlichen Liberalisierung der Kfz-Kennzeichen gestoppt. Künftig soll es aber möglich sein, Alt-Kennzeichen wieder einzuführen. Städte und Gemeinden haben damit künftig mehr Auswahl bei ihren Zulassungskürzeln. Weiter reichenden Plänen der Bundesregierung erteilte der

Bundesrat allerdings eine Absage. Völlig neue Nummernschilder sind weiterhin unzulässig, Zulassungsstellen dürfen ihre Ortskürzel nicht vollkommen frei wählen. Eine solche Regelung würde zu einer unübersichtlichen Zahl zusätzlicher Kennzeichen führen und sei daher abzulehnen, so der Bundesrat. Die Bundesregierung muss nun entscheiden, ob sie die ge-

änderte Verordnung in Kraft setzt. Der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Landkreistages, Prof. Dr. Hans-Günter Henneke, sprach "trotz der richtigen Entscheidung, eine vollständige Liberalisierung zu verhindern", davon, dass die Wiedereinführung von Alt-Kennzeichen ein absurdes Vorhaben sei. "Abschram" wird dies letztlich zu einem "Kennzeichenwirrwarr" führen."

KOMMENTARE



Zu den säumigen Bürgern
Von Bastian Modrow

Beschämende Entwicklung

Kaum eine Gemeinde in Schleswig-Holstein steckt nicht in tiefroten Zahlen. Tatsächlich sind laut Statistikamt Nord lediglich 337 von insgesamt 1116 Gemeinden und Städten im Norden schuldenfrei. Meist handelt es sich dabei allerdings um kleine Dörfer und Gemeinden. Vor allem die Städte ächzen unter der Schuldenlast. Vielerorts ist die finanzielle Not in den Rathäusern mittlerweile derart groß, dass es zwangsläufig ans Eingemachte geht. Ob im Straßenbau oder bei Sozialprojekten – überall wird rigoros gekürzt und gestrichen, um überhaupt noch über die Runden zu kommen. Programmiert ist stets der große öffentliche Aufschrei, verbunden mit harscher Kritik an Politik und Verwaltung.

Schuldzuweisungen, mit denen sich so mancher besser zurückhalten sollte. Der

Blick in die Kassenberichte der Kommunen bietet einen beschämenden Eindruck – nicht nur in puncto Zahlungsmoral der Bürger. Letztlich sind die Summen auch Indiz einer stetig egoistischeren Gesellschaft, in der Gemeinsinn keinen großen Stellenwert mehr hat. Eines darf man nicht vergessen: Ungetilgte Bürgerschulden zwingen die Kommunen zur Aufnahme sogenannter Kassenkredite, die letztlich wieder alle belasten.

Hier ist grundsätzlich ein Umdenken gefordert. Auf Einsicht säumiger Zahler zu setzen, ist hoffnungslos. Die Gemeinden müssen aktiv werden und – wie vom Bund der Steuerzahler gefordert – deutlich mehr Druck machen. Allein in der Landeshauptstadt Kiel würden nämlich 38,2 Millionen Euro zusätzlicher Einnahmen bereits vieles leichter machen.

Pressepiegel des Landtages und der Landesregierung Schleswig-Holstein 20.11.2012

Lübecker Nachrichten vom 20.11.2012, Seite 1

1) 42, 48, 42, 42, 42, 42

Lübeck fehlen 700 000 Euro: Eltern zahlen nicht für die Kita

Stadt verschickte bereits über 3500 Mahnbriefe in diesem Jahr. Auch andere Träger von Kindergärten klagen über zunehmend schlechte Zahlungsmoral.

Von **Curd Tönnemann**

Lübeck – Skandal um Kita-Gebühren: Immer mehr Eltern schicken ihre Kinder in den Kindergarten, ohne dafür zu zahlen. Bei der hochverschuldeten Stadt Lübeck belaufen sich die Außenstände inzwischen auf 717.000 Euro. Allein in diesem Jahr wurden bereits 3535 Mahnungen verschickt. Bei anderen Kita-Betreibern ist die Lage ähnlich erschreckend. Eltern berichten unterdessen, dass die Hansestadt nicht in der Lage sei, Kita-Gebühren ordentlich einzutreiben. Trotz erteilter Einzugsermächtigung werde monatelang kein Geld kassiert. Die Hansestadt betreibt 28 Kindertagesstätten, beschäftigt dort 274 Fachkräfte.

Für Lübecks Jugendssenatorin Annette Borns (SPD) sind die Außenstände vor allem auf eine allgemein zu beobachtende schlechte Zahlungsmoral in der Gesellschaft zurückzuführen. „Wen man fragt, Handwerker oder Händler: Ein hoher Prozentsatz der Rechnungen wird erst nach mehrfachen Mahnungen bezahlt. Das ist inzwischen normal.“ Dass Eltern die Kita-Gebühr (135 bis 313 Euro) wegen

geringen Einkommens nicht aufwenden könnten, sei nachrangig. Denn für sozial schwache Familien gebe es Ermäßigungen. Die Stadt übernehme die Beiträge bis auf einen Rest von acht Euro monatlich. Insgesamt hat die Stadt derzeit in dieser Sache 1261 Schuldner. Eine Summe von 476.000 Euro befindet sich in der Vollstreckung, weitere 241.000 Euro im Mahnverfahren, sagt Stadtsprecher Marc Langentepe.

Die hohen Außenstände kommen offenbar nicht allein aufgrund lascher Zahlungsmoral zustande. Christiane Maack stand bei der Stadt bereits mit knapp 5000 Euro in der Kreide, als sie eine Mahnung erhielt. Die Lehrerin hatte nicht gemerkt, dass der Kita-Beitrag für ihren Sohn irgendwann nicht mehr per Lastschrift eingezogen worden war. Die Stadt erklärte ihr Versäumnis mit der Umstellung eines Kasenzzeichens. Maack durfte die säumige Summe per Ratenzahlung abstoßern. Maack sagt: „Die Sachbearbeiterin war sehr freundlich. Ich hatte aber den Eindruck, dass bei der Stadt niemand wirklich den Durchblick hat.“

Die gemeinnützige Kinderwege-GmbH in Lübeck (18 Standorte)

erinnert säumige Zahler neuerdings schneller. Die erste Mahnung geht nach vier Wochen heraus. Trotzdem sind Eltern noch in über hundert Fällen die Gebühren für Kita oder Betreute Grundschule schuldig. Die Außenstände liegen bei 70.000 Euro. „In einem Fall beläuft sich eine offene Rechnung schon auf 4000 Euro“, sagt Geschäftsführerin Sabine Müller-Horn-Bruns. Zweimal wäre es beinahe zu einer Kündigung gekommen. „Wir möchten die Kinder aber nicht auf die Straße setzen“, heißt es bei Kinderwege.

„Immer mehr Eltern kommen ihren Forderungen nicht nach“, bestätigt Gabriele Husheer, Leiterin des Kita-Werks der Lübecker Diakonie (35 Kitas). Dort sind Eltern Kita-Gebühren in Höhe einer Viertel Million Euro schuldig. Auch im Umland gibt es Probleme. Im städtischen Kindergärten von Bad Schwartau (Kreis Ostholstein) scheut man sich nicht, säumigen Eltern im Ernstfall eine Kündigung auszusprechen.

2) 4000
2. A
HL/
Vollst. 11/2

Lübecker Nachrichten vom 20.11.2012, Seite 2

Eltern zahlen Kita-Gebühr nicht

Unhaltbar

Von **Curd Tönnemann**

Unglaublich: Die Stadt Lübeck sitzt auf 717.000 Euro nicht bezahlter Kita-Beiträge. Beim Kita-Werk der Lübecker Diakonie fehlt eine Viertel Million Euro in der Kasse. Anderswo sieht es kaum besser aus.

Noch zieren sich viele Kita-Träger, radikale Maßnahmen anzuwenden, nämlich Kinder auf die Straße zu setzen, deren Eltern die Zah-

lung verweigern – oft monatelang. Die Stadt Lübeck „begleitet“ die Schuldner. Das klingt nach Kuschelkurs, den sich die hochverschuldete Kommune nicht leisten kann. Sagt da einer, die Außenstän-

U

● Prüfungsverfahren

- **Querschnittsprüfung (§ 5 a KPG):**
 - **155 Kommunalverwaltungen**
 - **Haushaltsjahre 2009 bis 2011**
 - **Abfrage mit Erhebungsbogen u. a.:**
 - **Forderungsbestände/Kasseneinnahmereste**
 - **Vollstreckungssummen und -fälle**
 - **Organisation/Kooperation**
 - **Personal im Vollstreckungsinnen- und -außendienst**
- **Örtliche Erhebungen in ausgewählten Verwaltungen**

● **Prüfungsziele**

- **Ermittlung von Kennzahlen**
- **Aufzeigen von Schwachstellen**
- **Empfehlungen zur Verbesserung des Forderungsmanagements
einschl. des Vollstreckungswesens**

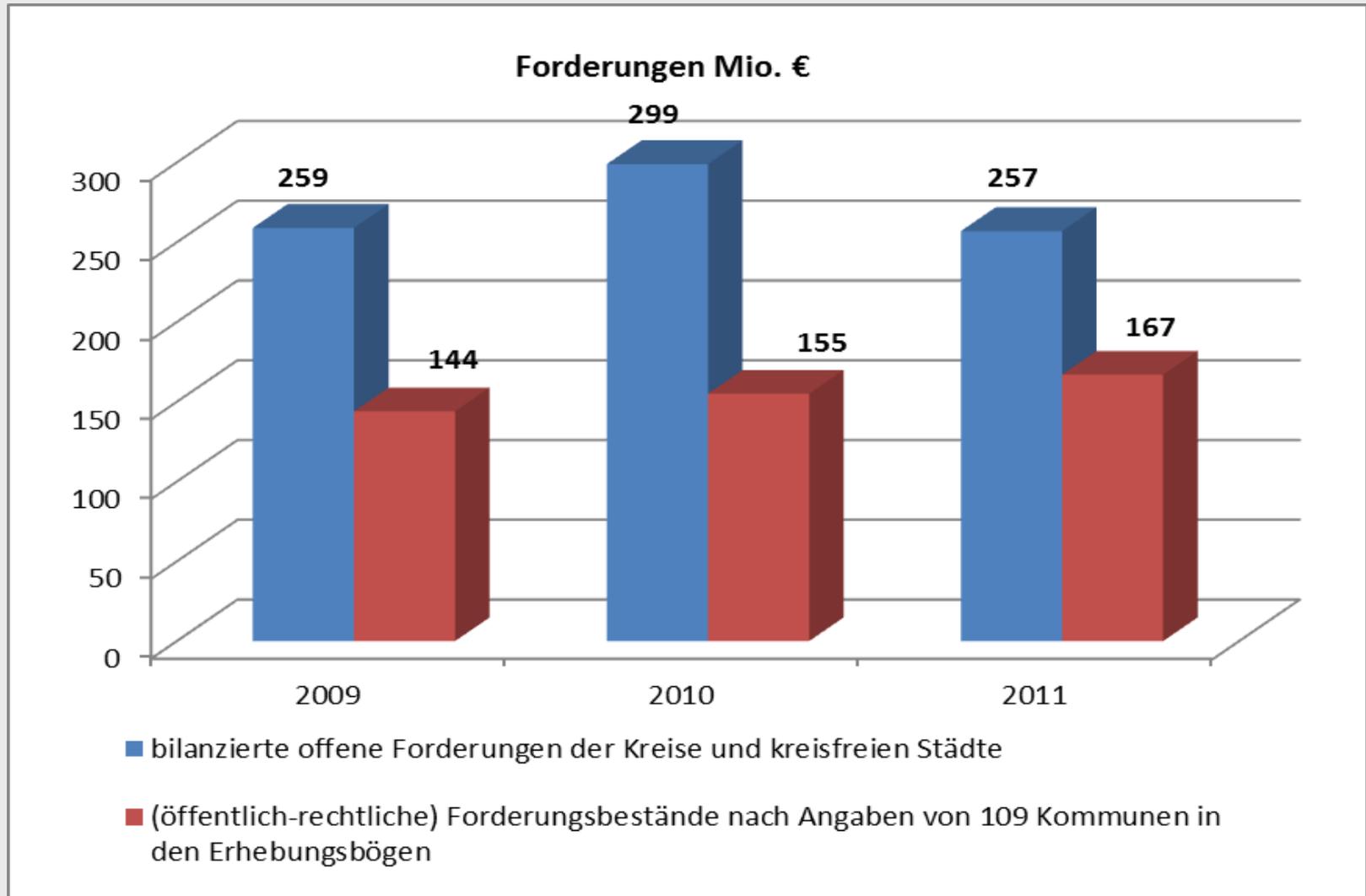
Prüfungsfeststellungen

- **Forderungserfassung**

- **30 % der Kommunen haben keinen (vollständigen) Überblick über ihre Forderungsbestände**

● **Forderungserfassung**

- **Forderungsmanagement ist unverzichtbar**
- **Pflichtaufgabe der ganzen Kommunalverwaltung** (§§ 28 Abs. 3 und 37 GemHVO-Doppik; §§ 16 und 24 GemHVO-Kameral; § 262 Abs. 1 LVwG)
- **Kriterium für die Kreditwürdigkeit**



● Probleme bei der Forderungserfassung

- mangelndes Problembewusstsein
- Ungeklärte Zahlungseingänge
- Schnittstellen
- Dubletten
- Forderungsinventur

- **Empfehlung**

- **Zu einer vollständigen und zeitnahen Forderungserfassung ist ein stringentes Forderungsmanagement erforderlich.**

● **Mahnwesen**

- **Erfolglose Mahnung als Voraussetzung für den Beginn der Vollstreckung**
- **Finanzbuchhaltung ist zuständig**
- **Rechtzeitige Mahnung erhöht die Wahrscheinlichkeit der Zahlung**

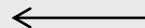
- **Vollstreckungswesen**



→ **Wir schreiben keine Briefe!**



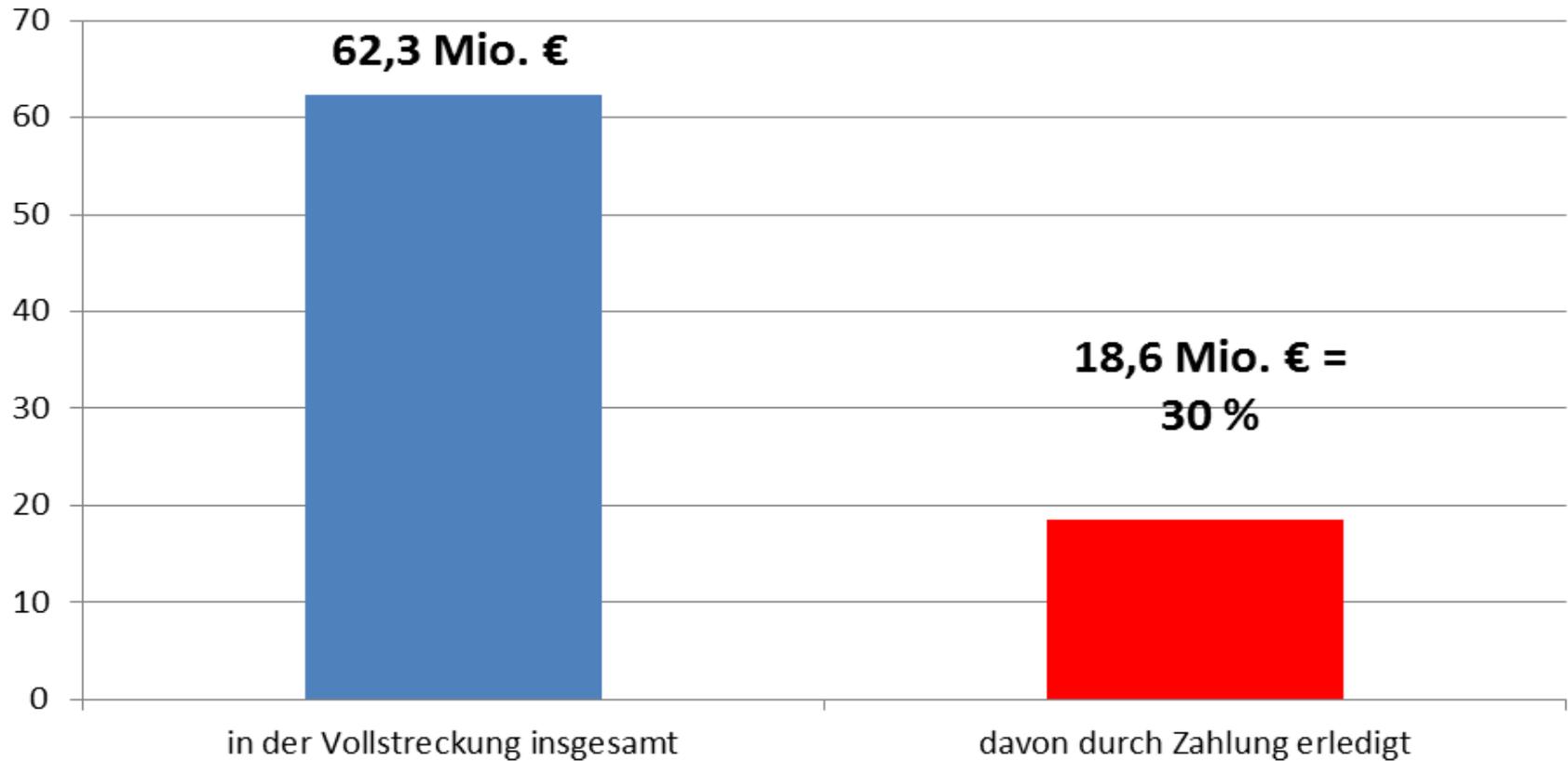
**Entweder Sie zahlen
für Ihre neuen Zähne
oder wir nehmen die mit!**



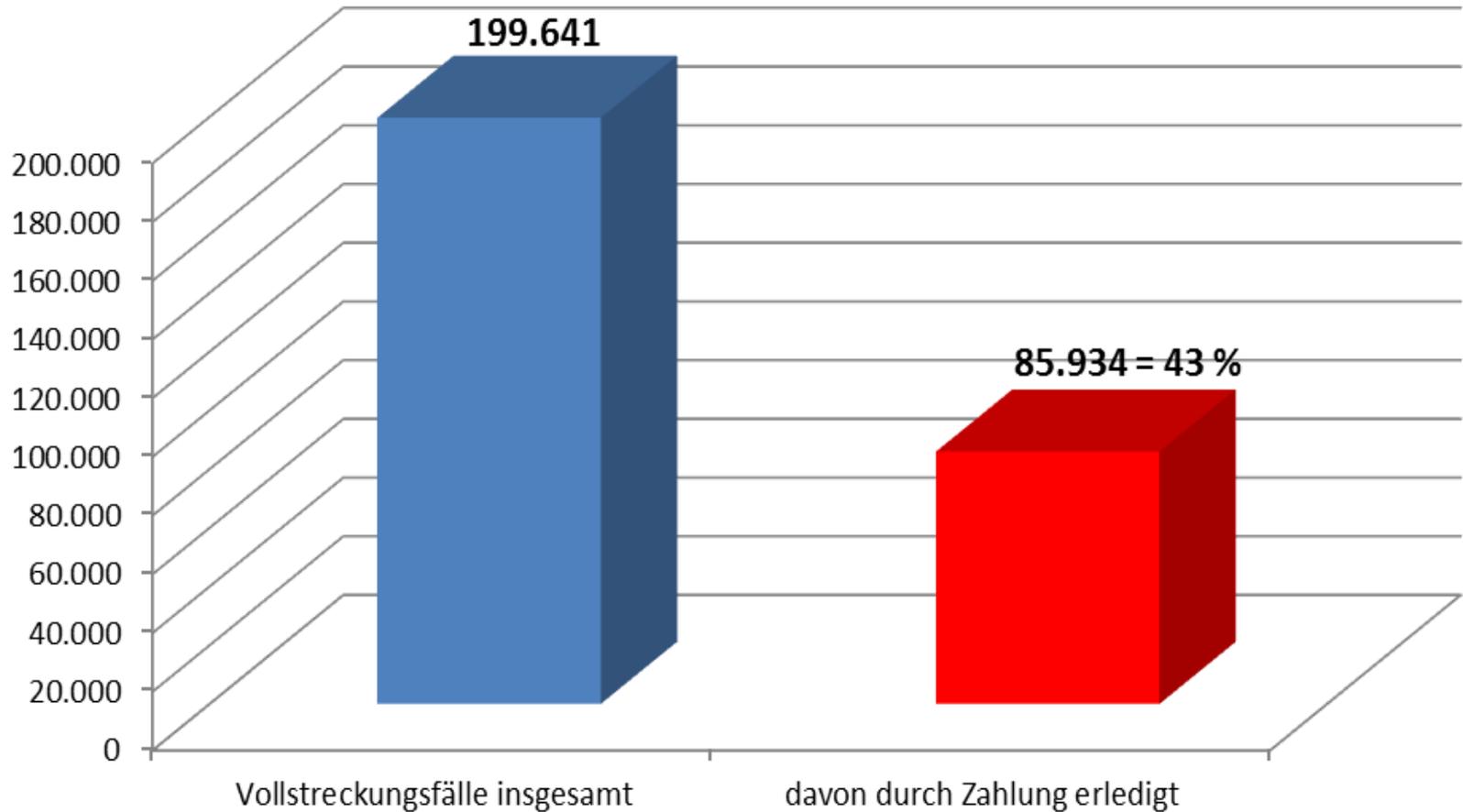
● Vollstreckungswesen

- Erfolgsquoten in der Vollstreckung
- Personal
- Wirtschaftlichkeitsbetrachtung
- Niederschlagung, Erlass
- Verbesserungsvorschläge

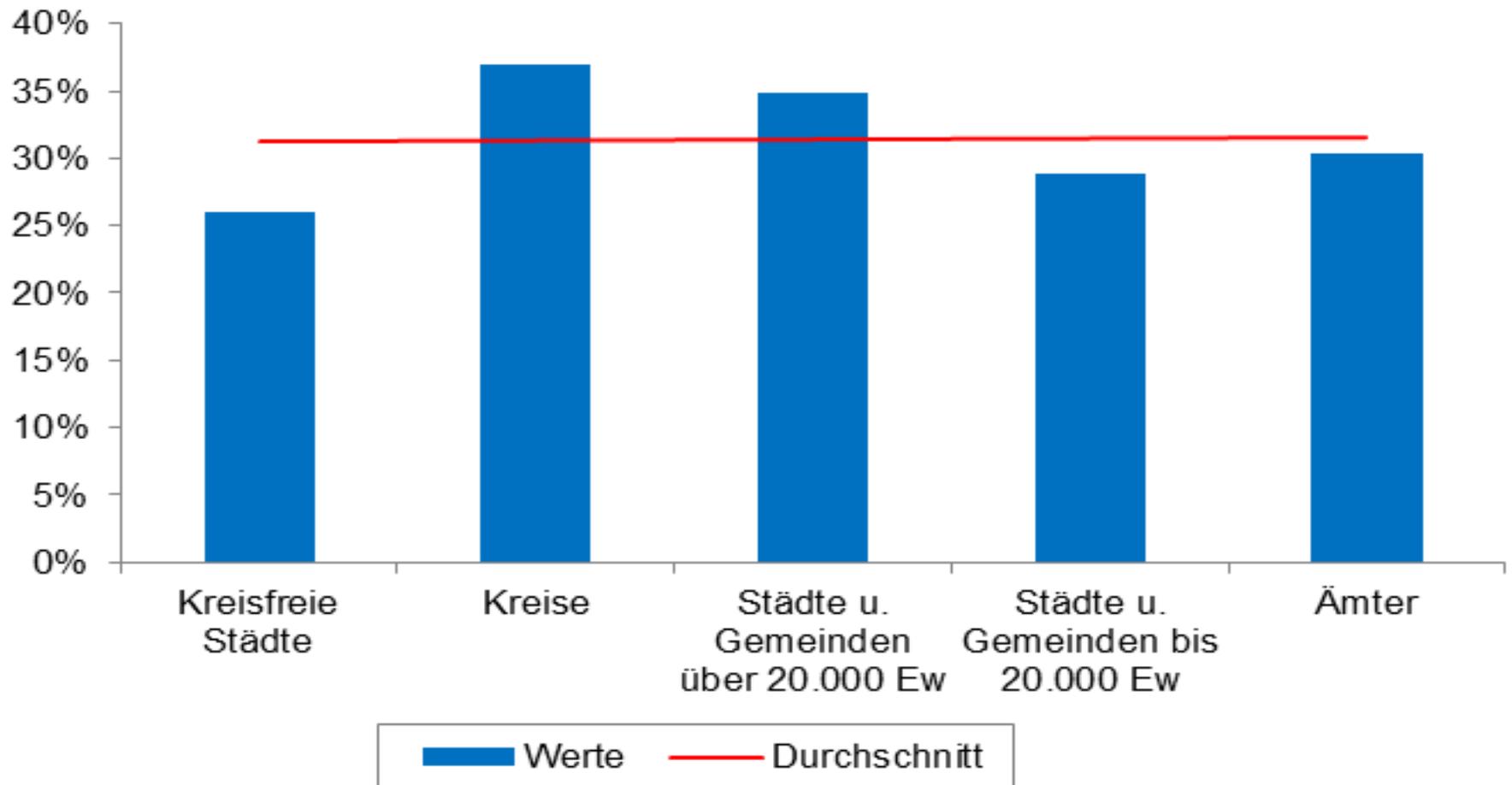
Jährliches Vollstreckungsvolumen von 79 Kommunen im Durchschnitt der Jahre 2009 - 2011



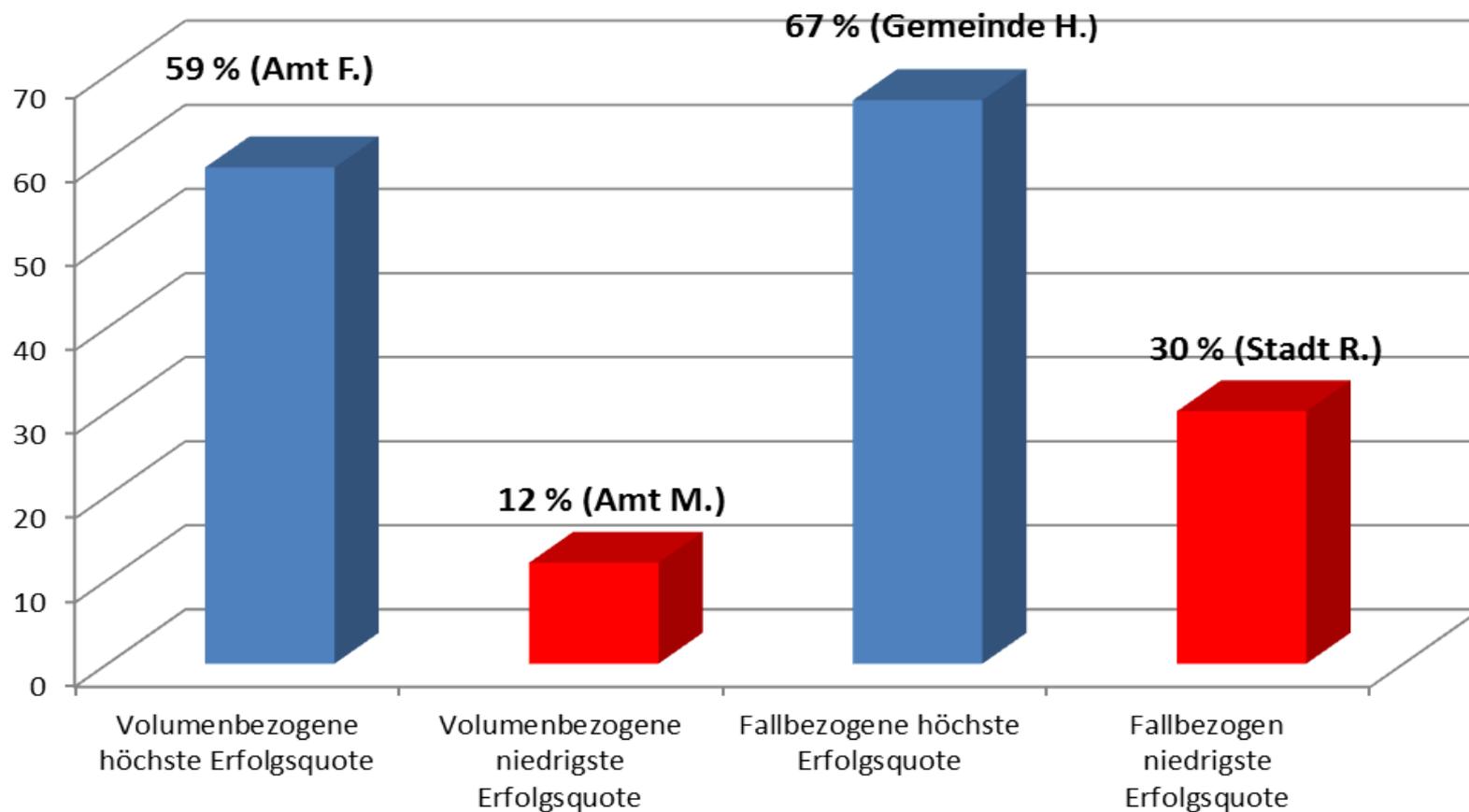
Vollstreckungsfälle im Durchschnitt der Jahre 2009 - 2011



Durchschnittliche Erfolgsquote in der Vollstreckung



Anteil der durch Zahlung erledigten Vollstreckungen im Durchschnitt der Jahre 2009 - 2011 (Ämter, Städte/Gemeinden bis 20.000 Ew)



- **von 79 Vollstreckungsbehörden erzielten**
 - **43 (54%) eine Erfolgsquote von 30 % u. m.**
 - **31 (39 %) eine Erfolgsquote von 35 % u. m.**
 - **22 (28 %) eine Erfolgsquote von 40 % u. m.**

● Personal in der Vollstreckung:

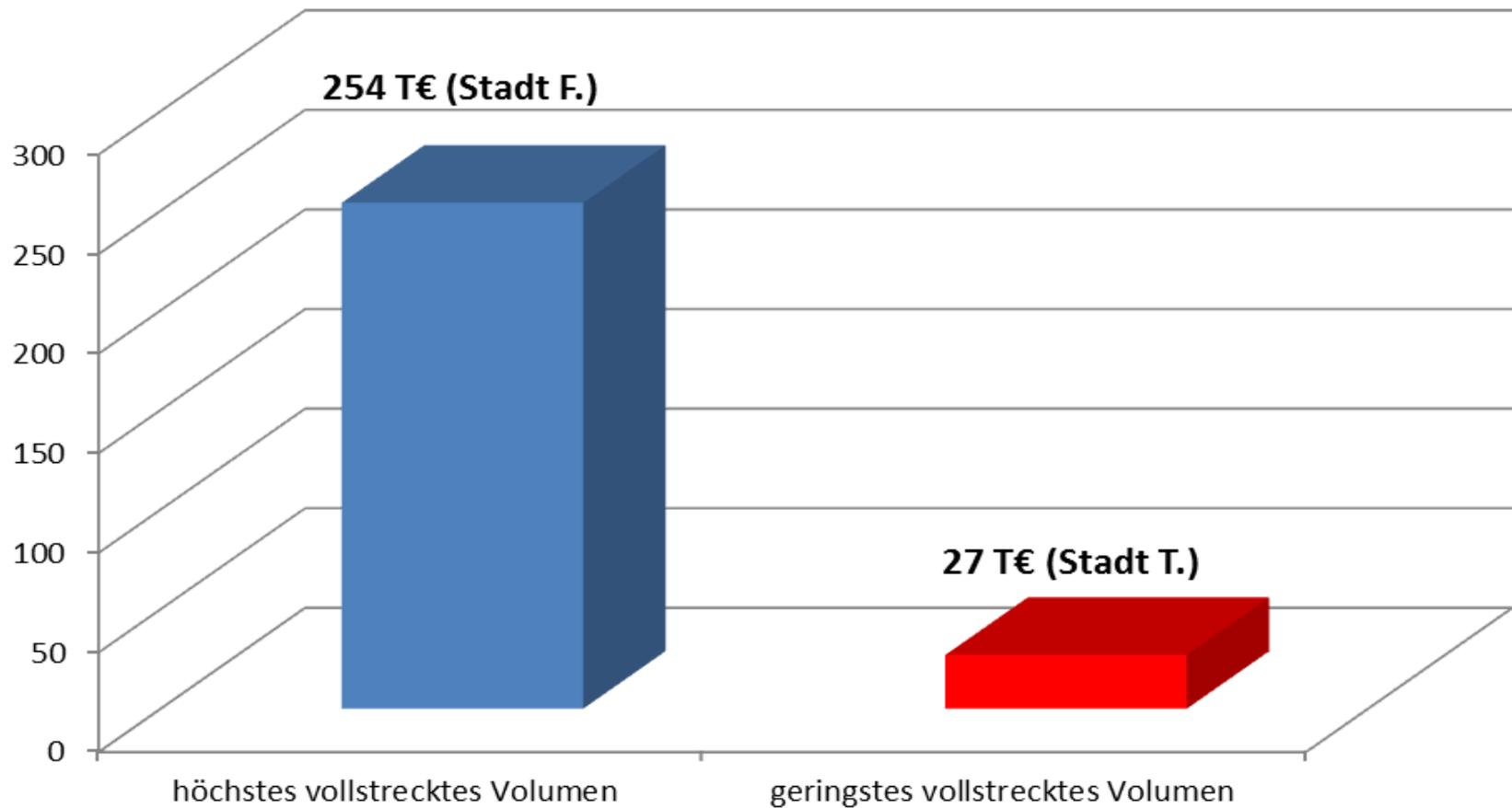
➤ Insgesamt:

- 258 Stellen mit 502 Mitarbeitern
- davon 57 % im Innendienst und 43 % im Außendienst

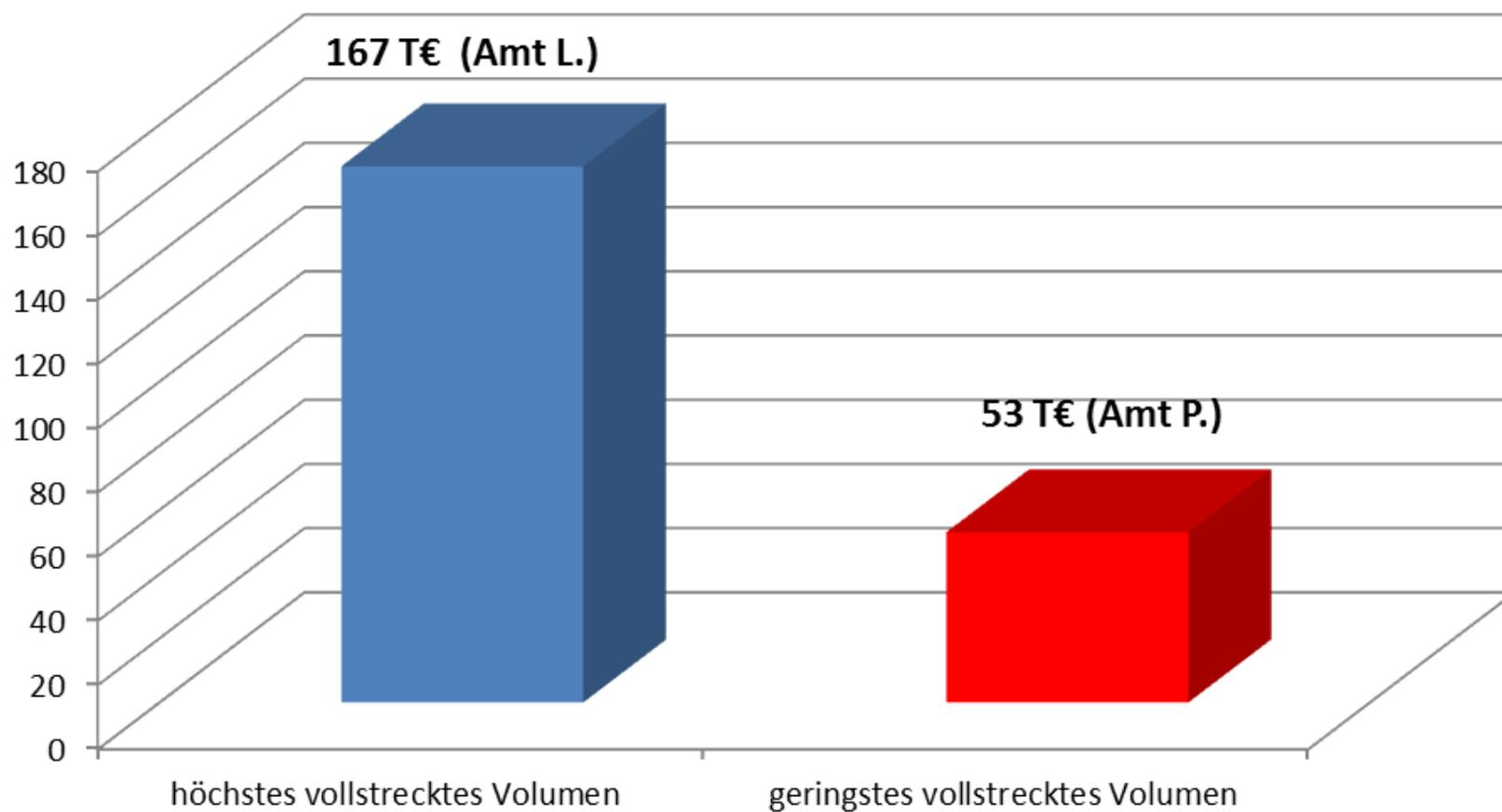
➤ Auf Basis von 79 Kommunen:

- | | |
|---------------------------------------|-------------|
| – Ø Vollstreckungspersonal | 124 VzK |
| – Ø Vollstrecktes Volumen je VzK | 150 T€ |
| – Ø Bearbeitete Vollstreckungen je Vz | 1.612 Fälle |

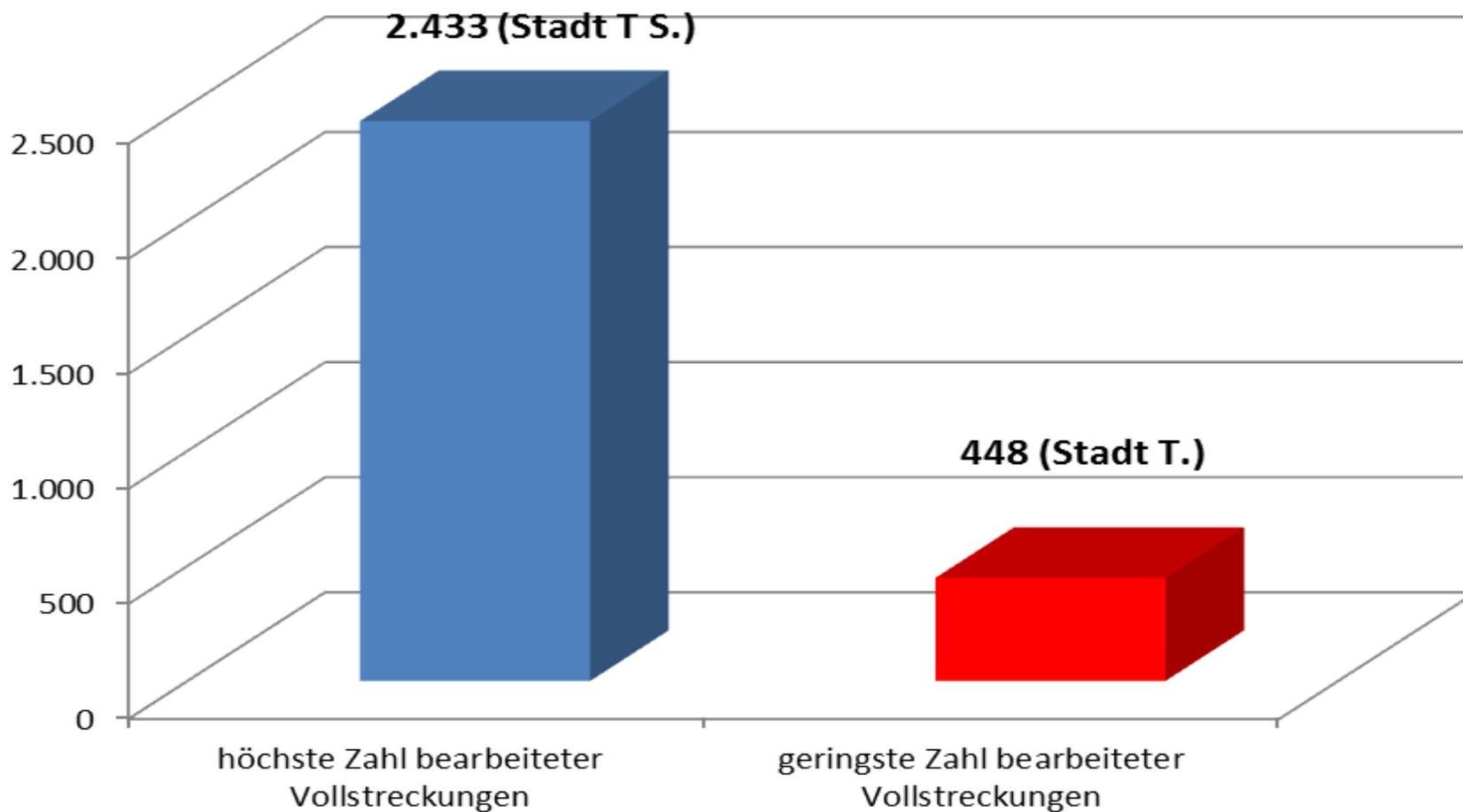
Realisiertes Vollstreckungsvolumen je Vollzeitkraft im Durchschnitt der Jahre 2009 - 2011 (Städte/Gemeinden bis 20.000 Ew)



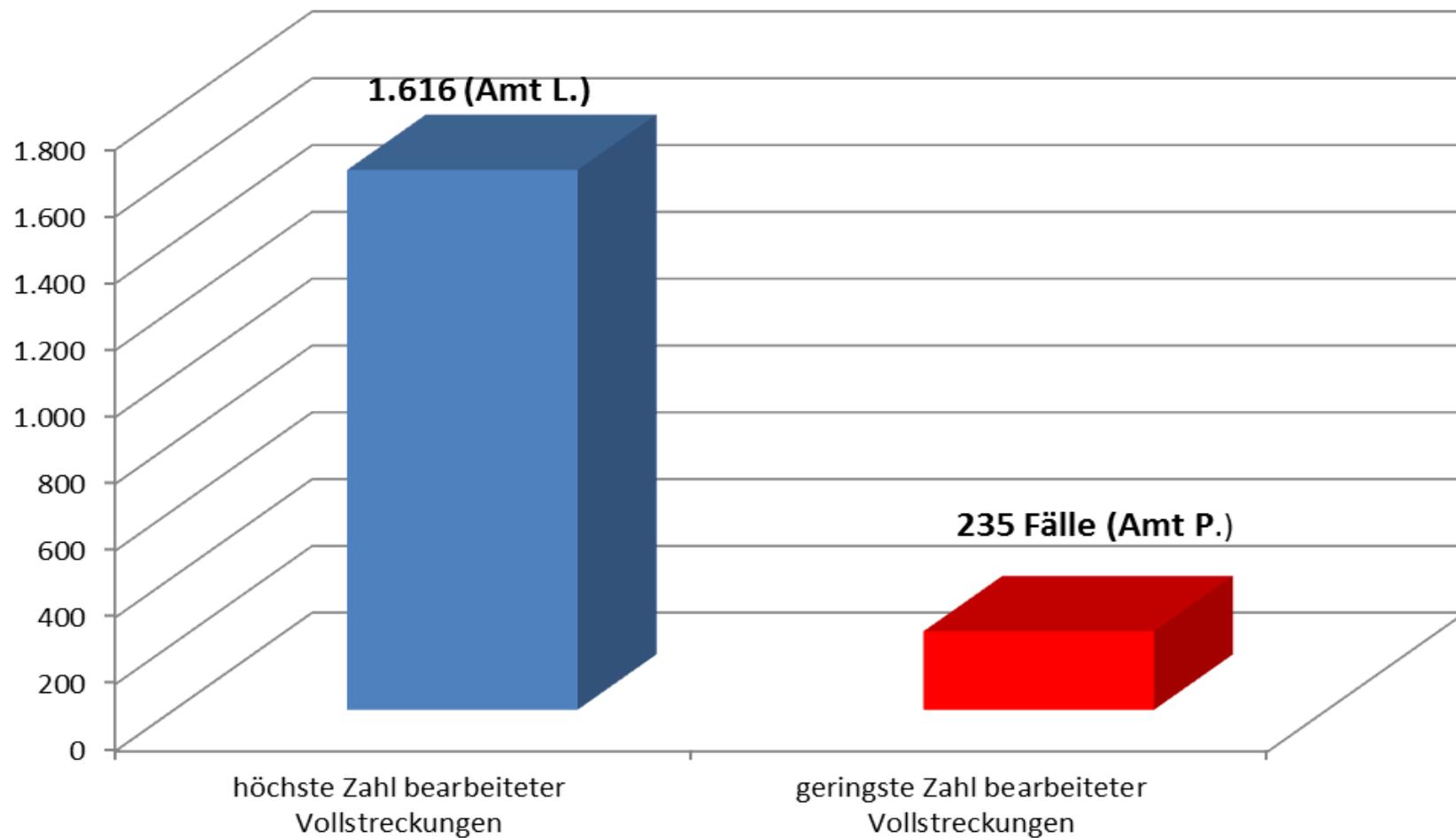
Realisiertes Vollstreckungsvolumen je Vollzeitkraft im Durchschnitt der Jahre 2009 - 2011 (Ämter)



Bearbeitete Vollstreckungsfälle je Vollzeitkraft im Durchschnitt der Jahre 2009 - 2011 (Städte/Gemeinden bis 20.000 Ew)



Bearbeitete Vollstreckungsfälle je Vollzeitkraft im Durchschnitt der Jahre 2009 - 2011 (Ämter)



- **Wirtschaftlichkeitsbetrachtung:**

(hochgerechnet auf 155 Kommunen)

➤ realisiertes Vollstreckungsvolumen	36 Mio. €
➤ <u>Personal- und Sachkosten</u>	<u>15 Mio. €</u>
➤ „Überschuss“	21 Mio. €

- **Unterschiedliche Leistungszahlen:**

- **Steigerung der Erfolgsquoten möglich und**
- **im Hinblick auf die Grundsätze der Einnahmeerzielung erforderlich**

- **Einnahmeverbesserungspotenzial:**

(bei Erhöhung der durchschnittlichen Erfolgsquote auf 35 %)

4,4 Mio. €

Pressespiegel des Landtages und der Landesregierung Schleswig-Holstein 13.09.2013

Frankfurter Rundschau vom 13.09.2013, Seite 4

Kieler OB wegen Schuldenerlass unter Druck

Susanne Gaschke fühlt sich von der Opposition persönlich angegriffen / Streit um 3,7 Millionen Euro Gewerbesteuern

Von Markus Decker

Vor ein paar Tagen erlebte der Kieler Stadtrat einen spektakulären Auftritt. In einer achtminütigen Rede beklagt sich Oberbürgermeisterin Susanne Gaschke (SPD) über die Kritik an einer von ihr getroffenen Steuerentscheidung zugunsten eines Kieler Unternehmers. Die 46-Jährige wirft der CDU eine gezielte Beschädigung ihrer Person vor, die an Schabigkeit kaum noch zu überbieten sei und fügt hinzu: "Ich frage mich, ob ich für eine Politik des persönlichen Niedermachens wirklich qualifiziert bin." Gaschke schildert, dass sie früher auf dem Schoß eines Mannes gesessen habe, dessen Sohn heute CDU-Ratsherr sei, und betont, sie nehme es sich zu Herzen, wenn Christdemokraten an ihrer Eignung zweifelten. Die Sozialdemokratin weint fast.

Seit Ende letzten Jahres ist die ehemalige "Zeit"-Journalistin Chefin im Kieler Rathaus. Sie bemüht sich erfolgreich um einen bürgernahen Stil. Ende Juni jedoch hat Gaschke per Eilentscheidung verfügt, dass Detlef

Uthoff, dem umstrittenen Direktor einer Kieler Augenklinik, 3,7 Millionen Euro an Zinsen seiner insgesamt 7,8 Millionen Euro großen Gewerbesteuerschuld aus Immobiliengeschäften erlassen werden. Nun ist sie in Not.

Die Oberbürgermeisterin begründete die Entscheidung mit der Gefahr, dass Uthoff Pleite machen und alle Steuern futsch sein könnten. Kritiker sagen, die Gefahr habe nie bestanden. Der Mann habe genug Geld. Die Entscheidung ist brisant, weil Gaschke den Stadtrat nicht konsultiert hatte - mit der Begründung, der Steuerstreit schwele seit Jahren und es habe die einmalige Chance bestanden, ihn endlich abzuräumen. Im Übrigen könne sie sich öffentlich kaum verteidigen, weil das Steuergeheimnis gelte. Auf ihre eigene Initiative hin werde die Angelegenheit nun immerhin von der Kommunalaufsicht untersucht.

"15 Jahre hat die Stadt kein Geld gesehen - und das war kein Skandal", sagt sie. "Jetzt bekommt die Stadt die Steuerschuld bezahlt - und das wird skandalisiert?!" Kommende Woche will der

Stadtrat den Vorgang noch einmal diskutieren.

Kritik von allen Seiten

Gaschke behauptet, ihr Amtsvorgänger Torsten Albig habe vorbereitet, was sie exekutiert habe. Der ist jetzt Schleswig-Holsteins Ministerpräsident und sein Innenminister für die Prüfung des Falles verantwortlich. Da Albig Gaschkes Aufstieg verhindern wollte, kann er nun sein Mütchen kühlen. Hinzu kommt, dass Gaschke früher für die "Kieler Nachrichten" schrieb. Die Ex-Kollegen müssen zeigen, dass sie keine Beißhemmung haben. Die Sache wird noch komplizierter dadurch, dass Gaschke mit dem SPD-Bundestagsabgeordneten Hans-Peter Bartels verheiratet ist. Gaschke glaubt, dass die CDU auf sie einschlägt, um Bartels vor der Bundestagswahl am 22. September zu treffen. Der Verteidigungsexperte nahm zuletzt selbst den zuständigen Minister Thomas de Maizière in der Drohnen-Affäre aufs Korn. Bartels machte mit dem Christdemokraten, was die Christdemokraten nun mit seiner Frau machen.

- **Erlass:**

- **endgültiger Verzicht auf eine Forderung (auf Antrag)**

- **Niederschlagung:**

- **befristete oder unbefristete verwaltungsseitige Zurückstellung einer Forderung**
- **der Anspruch erlischt nicht**

● Empfehlungen

- **Finanz- und Vollstreckungssoftware**
- **Vollstreckungsinendienst vor -außendienst**
- **Vollstreckungsankündigung**
- **Kontoabrufverfahren**
- **Zwangsversteigerung des Grundstücks**
- **Säumniszuschläge**
- **Gesetz zur Reform der Sachaufklärung in der Zwangsvollstreckung**
- **Interkommunale Zusammenarbeit**

● **Fazit**

- **Realisierung von Geldforderungen ist Pflichtaufgabe**
- **Vollstreckung ist wirtschaftlich**
- **Wirkungsvolles Forderungsmanagement: Verbesserung der Liquidität und der Abgaben- bzw. Steuergerechtigkeit**
- **Forderungserlass unterliegt engen rechtlichen Grenzen**
- **Möglichkeiten der Finanz- bzw. Vollstreckungssoftware nutzen**

**Weitergehende Informationen auf der
Homepage des LRH**

www.lrh.schleswig-holstein.de

**Vielen Dank
für die Aufmerksamkeit!**